

Chinas Staatschef in den USA: Xi und Obama wollen Cyberkriminalität bekämpfen



DPA

Xi Jinping in den USA:

Cyberkriminalität, Klimawandel und die Inseln im südchinesischen Meer: Die Präsidenten Barack Obama und Xi Jinping hatten sich große Themen vorgenommen. Bei ihren Gesprächen machten sie zumindest in einem Punkt Versprechungen.

Freitag, 25.09.2015 – 23:14 Uhr

Die [USA](#) und [China](#) haben einen wichtigen Fortschritt im Kampf gegen Cyberspionage erzielt: Beide Länder hätten vereinbart, dass sie den Diebstahl geistigen Eigentums und Firmenbesitzes im Cyberspace unterlassen wollten, sagte US-Präsident [Barack Obama](#) in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Chinas Präsident [Xi Jinping](#).

Das Thema hatte [den Besuch von Xi schwer belastet](#). Die USA beschuldigen China, ihnen intellektuelles Eigentum in dreistelligem Milliardenwert gestohlen zu haben. Außerdem sieht sich China mit Vorwürfen konfrontiert, US-Regierungsnetzwerke gehackt und Daten gestohlen zu haben.

Ein zwischen den Ländern vereinbarter Dialogprozess solle sicherstellen, dass die getroffenen Vereinbarungen eingehalten werden. Beim Thema Hackerangriffe gebe es zwar Fortschritte, sagte Obama. Er fügte aber warnend hinzu: "Ich habe einmal mehr unsere wachsende Besorgnis über die Bedrohung amerikanischer Firmen und amerikanischer Staatsbürger zum Ausdruck gebracht. Das muss aufhören." Obama sagte, er habe Xi gefragt, ob den Worten nun Taten folgten. Xi wies die Vorwürfe zurück: Sein Land sei selbst Opfer solcher Angriffe.

Obama mahnt Einhaltung der Menschenrechte an

Wenige Monate vor der Pariser Klimakonferenz wurden bei dem Treffen der Präsidenten auch Details von Chinas Klimaplänen bekannt. Peking will 2017 landesweit in den Handel mit CO₂-Zertifikaten einsteigen, um den Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase zu reduzieren. China verursacht vor allem wegen seines starken Wirtschaftswachstums fast ein Drittel des weltweiten Treibhausgas-Ausstoßes. Auf Platz zwei liegen die USA.

Die Ankündigung geht auf gemeinsame Klima-Pläne Chinas und der USA zurück, die sie im November vergangenen Jahres vorgelegt hatten. Die Pläne werden in China nun ein Jahr später umgesetzt als ursprünglich geplant, gelten aber dennoch als wichtiger Schritt vor der entscheidenden Pariser Klimakonferenz.

Keine Fortschritte gab es im Territorialkonflikt im südchinesischen Meer. China reklamiert dort Inseln für sich und will anderen Ländern den Überflug verbieten. Xi wiederholte diese Position am Freitag. Die Inseln seien chinesisches Territorium. Obama sagte, die USA würden weiter sich überall dort bewegen, wo es ihnen internationales Recht erlaube.

Obama kritisierte während der Unterredung auch die Lage der [Menschenrechte in China](#). Er habe offen zum Ausdruck gebracht, "dass es problematisch ist, Journalisten, Anwälten, Nichtregierungsorganisationen und Gruppen der Zivilgesellschaft das Recht zu verwehren, frei zu arbeiten". Das gelte auch für die Schließung von Kirchen oder die Verwehrung gleicher Rechte für ethnische Minderheiten. Obama fuhr fort, er habe gegenüber Xi "Amerikas unerschütterliche Unterstützung für Menschen- und Grundrechte" einschließlich Versammlungs-, Meinungs-, Presse- und Religionsfreiheit" bekräftigt.

Xi erwiderte, für China seien Menschenrechte und Demokratie wichtig. Sie seien das "gemeinsame Streben der Menschheit". Es sei jedoch zu berücksichtigen, dass die "historischen Prozesse und Wirklichkeiten" in verschiedenen Ländern unterschiedlich seien.

apr/dpa/AFP